

CHINA aktuell

Kong AFP, 20.1.2000, nach FBIS, 20.1.2000). -hol-

12 Fortgesetzte ethnische Unruhen in Xinjiang

Aus Aksu, einer grenznah gelegenen Stadt in der Autonomen Region Xinjiang im Nordwesten Chinas, wurde im Januar eine Intensivierung militanter Auseinandersetzungen zwischen uighurischen Untergrundaktivisten und chinesischen Sicherheitskräften bekannt.

Nach Angaben der lokalen Presse sollen bei einem großangelegten Hubschrauber-Polizeieinsatz in Reaktion auf die Geiselnahme von fünf Polizeioffizieren in der ersten Januarwoche mehrere Aktivisten getötet worden sein. Ebenfalls nach offiziellen Angaben sollen Ende Januar in Xinjiang fünf Personen zum Tode und weiter acht Personen zu langjährigen Haftstrafen verurteilt worden sein. Sie wurden im Zusammenhang einer seit zwei Jahren andauernden Serie von separatistischen Aktivitäten des Mordes, Raubes sowie illegalen Waffen- und Munitionshandels beschuldigt.

Im Dezember 1999 soll das Ministerium für Staatssicherheit ein Rundschreiben herausgegeben haben, das die Tragweite des Problems ethnischer Konflikte im Fall der Uighuren, einer muslimischen, türkisch-sprechenden Minderheit herausstellte. Das Rundschreiben soll zu besonderer Wachsamkeit bei allen Anzeichen von Infiltrationsversuchen militanter islamischer Kräfte aus Saudi-Arabien, dem Iran, den Golfstaaten, der Türkei und Indien sowie bei Vorwarnungen terroristischer Anschläge aufgerufen haben.

In der Wahrnehmung Chinas haben seit dem Kollaps der Sowjetunion im Jahr 1991, der territorialen Neuordnung unabhängiger islamischer Staaten in Zentralasien und dem wachsenden politischen Aufbegehren des Islam die separatistischen Aktivitäten in Xinjiang stark zugenommen. Die bisher größte öffentlich bekannte Aufstandsbewegung ereignete sich im Februar 1997 in Yining nahe der kasachischen Grenze. Nach massivem Polizeieinsatz sollen damals nach offiziellen Angaben zehn, nach inoffiziellen Meldungen über hundert Perso-

nen ums Leben gekommen sein. Während sich die internationale Aufmerksamkeit vor allem auf die ethnischen Konflikte in Tibet konzentriert, dürfte das tatsächliche Ausmaß der Gewaltanwendung in Xinjiang deutlich größer sein (IHT, 28.1.2000, vgl. C.a., 1997/2, Ü 13). -hol-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

13 Probleme bei Reform der Akademie der Wissenschaften

Lu Yongxiang, der Präsident der Chinesischen Akademie der Wissenschaften, hat die Arbeitstagung der Akademie im Januar 2000 dazu genutzt, die strategischen Anforderungen des Staates an die Akademie zu erläutern und den Fortgang des „Programms für die Innovation des Wissens“ zusammenzufassen, das im Herbst 1998 initiiert wurde und bei dem die Akademie eine zentrale Rolle spielt (vgl. C.a., 1999/11, Ü 17). Außerdem nutzte er die Gelegenheit, auf Probleme bei der Reform der Akademie der Wissenschaften hinzuweisen.

In seiner Einschätzung der allgemeinen Lage prophezeite er, dass im 21. Jahrhundert die Menschheit sich auf die beständige Weiterentwicklung der Innovation des Wissens und der Hochtechnologie stützen werde und dass die Globalisierung der Wirtschaft und die Wissenswirtschaft für die wirtschaftliche Entwicklung ausschlaggebend seien. Dies bedeute für China, dass es weiterhin auf wissenschaftlich-technischen Fortschritt und Stärkung seiner Konkurrenzfähigkeit bauen müsse, um den Herausforderungen der Globalisierung zu begegnen. China müsse sich auf Wissenschaft und Technik stützen und als ressourcenarmes Land den Weg nachhaltiger Entwicklung gehen.

Lu sagte, die Akademie habe in Bezug auf das „Programm für die Innovation des Wissens“ erfreuliche Ergebnisse erzielt; dennoch gebe es, insgesamt gesehen, noch Unzulänglichkeiten. Er bemängelte insbesondere, dass

die Arbeit zu wenig zukunftsorientiert und zu wenig strategisch ausgerichtet sei. Der Gedanke innovativer Wissenschaft müsse noch viel weiter entwickelt werden. Als Gründe für diese Defizite führte er Folgendes an:

In der Akademie fehle kontinuierliche, systematische Forschung über die für den Staat strategisch wichtigen Probleme und über den Stand der internationalen wissenschaftlich-technischen Entwicklung. Das Bewusstsein für Zukunft- und Strategieorientiertheit sei nicht sehr ausgeprägt und die Urteilsfähigkeit auf Makroebene schwach ausgebildet. Das jetzt praktizierte Begutachtungsverfahren entspreche nicht unbedingt den Erfordernissen der Innovation des Wissens, häufig fielen in der Begutachtung sogar Projekte durch, die auf unabhängigen Ideen und langfristigen Strategien beruhen. Zur Bereitstellung von Ressourcen meinte Lu, dass auch hier vielfach eingefahrene Wege gegangen würden, indem man auf die Geschichte, auf Verhältnismäßigkeit und Gleichgewicht achte, was die schnelle und effektive Umstrukturierung der Forschungslandschaft beeinträchtige. Auch würde dadurch das schnelle Reagieren auf neue wissenschaftliche Trends erschwert.

Gewisse Probleme sieht Lu Yongxiang auch hinsichtlich der wissenschaftlichen Mitarbeiter. Man habe noch zu wenig die Förderung hervorragender Wissenschaftler mit strategischer Urteilsfähigkeit und innovativem Denken im Blickfeld. Zur Verbesserung dieses Zustandes legte er vier Empfehlungen vor:

1. Man solle erwägen, mit hervorragenden Wissenschaftlern, die im Ausland tätig sind und derzeit nicht nach China zurückkehren können, in irgendeiner Form zusammenzuarbeiten, sei es, dass sie kurzfristig zurückkehren, sei es, dass sie für China Aufgaben wahrnehmen; man könnte auch ausländische Staatsbürger chinesischer Herkunft oder Ausländer nach China einladen.
2. Es müsse unbedingt für alle wissenschaftlichen Mitarbeiter am Vertragssystem, d.h. befristeten Arbeitsverträgen, festgehalten werden. Stellen sollten nach Bedarf geschaffen und Einstellungen

nach dem Stellenplan vorgenommen werden, Stellenwechsel normal sein.

3. Neu eingestellten hervorragenden jüngeren Wissenschaftlern solle geholfen werden, dass sie sich besser in ihre neue Rolle hineinfinden.
4. Schließlich gelte es, eine Kultur der Innovation zu schaffen, d.h. die Haltung müsse sich ändern, dass man sich nur darum kümmere, was im Ausland gemacht würde und was man selbst machen wolle, nicht aber darum, was der Staat und die Gesellschaft von einem verlangten.

(RMRB, 18.1.2000)

Die Probleme, die der Präsident der Akademie der Wissenschaften anschnitt, sind durchaus nicht chinaspezifisch, sondern beschäftigen auch Forschungsinstitutionen in anderen Ländern, speziell auch in Deutschland. Ähnlich wie bei uns müssen auch in China nichtuniversitäre Forschungsinstitutionen, wie die Akademie der Wissenschaften eine ist, ihre besondere Aufgabenstellung und ihre eigenen Forschungsstrategien im Auge haben, um ihren Platz in der Forschungslandschaft Chinas zu finden. Für die Akademie ist dies eine neue Situation, die dadurch entstanden ist, dass den Universitäten im Zuge der Hochschulreform wieder der Auftrag erteilt wurde, neben Lehre auch Forschung zu betreiben. Während die Akademien zuvor allein für Forschung zuständig waren, erhielten sie nun Konkurrenz. Um dieser neuen Herausforderung zu begegnen, muss die Akademie der Wissenschaften ihre besonderen Fähigkeiten herausstellen und baut dabei auf Forschung, die innovativ, zukunftsorientiert, strategisch und auf die Bedürfnisse des Staates ausgerichtet, kontinuierlich und systematisch ist. Um derartige Forschung betreiben zu können, bedarf es noch weitgehender Reformen. Vor allem hat der Präsident das Problem, aus einem schwerfälligen bürokratischen Apparat, der die Akademie war, eine flexible, schnell reagierende Forschungseinheit zu machen.

Hierfür ist nicht nur die konsequente Umstellung auf Zeitverträge beim wissenschaftlichen Personal erforderlich, sondern auch die Öffnung für Wissenschaftler aus dem Ausland. Seit eini-

gen Jahren werden bereits Gastwissenschaftler aus dem Ausland als Berater oder auch als Betreuer für Post-Doc-Mitarbeiter angeworben. Dabei handelt es sich fast ausschließlich um Wissenschaftler chinesischer Herkunft, während die Einstellung von Ausländern erst allmählich anläuft (vgl. XNA, 20. u. 31.1.2000). -st-

14 Anteil der Hochschulforschung wächst

Nach Gründung der Volksrepublik wurde nach sowjetischem Muster die gesamte Forschung in die Akademie der Wissenschaften verlegt, während die Hochschulen von Forschungsaufgaben entbunden wurden. Erst seit Mitte der achtziger Jahre wurden die Hochschulen im Zuge der Hochschulreform wieder mit Forschungsaufgaben betraut. In welchem Maße sich die Forschungsstruktur seitdem verändert hat, legen die folgenden Angaben dar, die Bildungsministerin Chen Zhili kürzlich auf einer Tagung zum Thema Beitrag der Hochschulen zur technologischen Innovation machte. Zwei Drittel aller von der Staatlichen Stiftung für Naturwissenschaften finanzierten Projekte werden bereits an Hochschulen durchgeführt. Ein Drittel aller Projekte, die im Rahmen des staatlichen Hochtechnologieprogramms „Plan 863“ bearbeitet werden, wird ebenfalls an Hochschulen getätigt (vgl. GMRB, 12.1.2000, S. A 1). Die Angaben belegen deutlich, welche Rolle die Hochschulforschung auf naturwissenschaftlich-technischem Gebiet mittlerweile spielt. Die Staatliche Stiftung für Naturwissenschaften finanziert Grundlagenforschung. Während früher allein die Institute der Akademie der Wissenschaften dafür zuständig waren, müssen sie sich jetzt in Konkurrenz mit Hochschulinstitutionen um die Forschungsförderung bewerben. -st-

15 Daoistisches Forschungszentrum

An der Akademie der Sozialwissenschaften wurde Anfang Januar ein Forschungszentrum für die Kultur des philosophischen und religiösen Daoismus (*Daojia yu daojiao wenhua yanjiu zhongxin*) gegründet. Ehrendi-

rektor wurde der bekannte Gelehrte Ma Xisha, Direktor Lu Guolong. Die meisten wissenschaftlichen Mitarbeiter des neuen Zentrums kommen aus dem Institut für Weltreligionen der Akademie der Sozialwissenschaften, doch werden auch Fachleute von außerhalb eingeladen. Aufgabe des neuen Zentrums gemäß offizieller Verlautbarung ist die Aufarbeitung der Quellen hinsichtlich der humanistischen Werte des philosophischen und religiösen Daoismus; die Erforschung des Daoismus soll im Dienste des Aufbaus einer sozialistischen Zivilisation stehen und nach dem Grundsatz wissenschaftlicher Wahrheit erfolgen; ferner sollen Wissenschaftsaustausch und Zusammenarbeit mit Fachleuten aus dem In- und Ausland durchgeführt werden. (GMRB, 4.1.2000, S.B 3)

In den Reden auf der Gründungsversammlung wurde auf die Bedeutung des Daoismus als ein Fundament der chinesischen Kultur hingewiesen; der Daoismus sei aufs engste mit der chinesischen Geschichte und dem Schicksal der chinesischen Nation verknüpft. Er habe Philosophie und Religion, Staatsführung und Naturwissenschaften, insbesondere Medizin, aber auch Brauchtum, Kunst usw. beeinflusst, sei aber noch weitgehend unerforscht. Zugleich wurde der Überzeugung Ausdruck gegeben, dass der Daoismus angesichts der weltweiten ökologischen Krise Antworten auf so brennende Fragen wie Umweltverschmutzung, Bevölkerungsexplosion und Klimaveränderung geben könne (ebd.).

Die Gründung des Daoistischen Forschungszentrums ist in mehrfacher Hinsicht von Bedeutung. Zum einen offenbart sich darin eine veränderte Haltung des Staates und der Partei gegenüber dem Daoismus. Schon in der ersten Hälfte des 20. Jh., aber insbesondere in der Ära Mao Zedong, war der Daoismus in Misskredit geraten, weil er sowohl von der politischen Führung als auch von den Intellektuellen mit Aberglauben in Zusammenhang gebracht wurde. Erst in den achtziger Jahren begann man sich vorsichtig wieder mit dem Daoismus zu befassen. Insbesondere in den neunziger Jahren mussten Partei und Regierung das wiedererwachte Interesse in der Bevölkerung an daoistischen Praktiken und daoistischer Religion als Faktum ak-

zeptieren, allerdings immer mit gewissem Argwohn, während die Beschäftigung mit dem philosophischen Daoismus durchaus offiziell gebilligt wurde.

Der Grund für diese Billigung von offizieller Seite liegt vor allem darin, dass dem Daoismus als wesentlichem Bestandteil der chinesischen Kultur heute eine Rolle als Identitätsstifter zukommt. Wie die traditionelle Kultur allgemein wird auch der Daoismus für die Schaffung einer nationalen Identität und einer unverkennbar chinesischen Kultur, d.h. einer sich von der westlichen absetzenden Kultur, instrumentalisiert.

Ein dritter Aspekt kommt hinzu. Vor dem Hintergrund des um sich greifenden Sektenwesens scheint dem Staat mehr denn je daran gelegen zu sein, den Daoismus mit wissenschaftlichen Methoden zu erforschen, um von dieser Seite Unterstützung im Kampf gegen die aus Sicht der Partei „unwissenschaftlichen“ Praktiken daoistischer Sekten und daoistischen Brauchtums, kurzum, im Kampf gegen den Aberglauben zu erhalten. -st-

16 Lehrerstreik in Anhui

In der Stadt Huangkou, der größten Stadt des Kreises Xiaoxian im äußersten Norden der Provinz Anhui, sind 1.000 Grund- und Mittelschullehrer zwischen dem 8. und 16. Januar in einen Unterrichtsstreik getreten. Dies berichtete die Guangzhouer Abendzeitung (*Yangcheng wanbao*) am 17.1.2000 unter Berufung auf eine entsprechende Meldung der Chinesischen Jugendzeitung (nach SWB, 19.1.2000). Der Grund für den Schulboykott war, dass die Lehrer seit acht Monaten kein Gehalt bekommen hatten und ihren Lebensunterhalt nicht mehr bestreiten konnten. Mit Ausnahme der vom Kreis betriebenen Huangkouer Mittelschule fiel der Unterricht an allen städtischen Grund- und Mittelschulen aus. Die Lehrer hatten geschlossen beim städtischen Schulamt Urlaub eingereicht mit der Begründung, sie müssten sich andere Arbeit suchen, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Amtlicherseits wurde zugegeben, dass die städtischen Schulen ihren Lehrern seit acht Monaten kein Gehalt mehr gezahlt haben. Die letzten Gehaltszahlungen sollen im Mai

1999 erfolgt sein. In den drei Monaten davor sollen die Schulen sogar Kredite aufgenommen haben, um die Lehrer zu entlohnen. Die Kreisführung nahm den „kollektiven Urlaub“ sehr ernst; sie stellte sofort 200.000 Yuan als Notfonds zur Verfügung, und die Stadt brachte 300.000 Yuan auf. Mit den 500.000 Yuan wurde den Lehrern Mitte Januar das Gehalt für Juni 1999 bezahlt. In der Gesellschaft und besonders bei den Eltern hat der Unterrichtsstreik starke Reaktionen ausgelöst. Daraufhin scheinen die Behörden zu autoritativen Methoden Zuflucht genommen zu haben: Nach Beratungen forderten sie die Lehrer zur sofortigen Rückkehr an die Schulen auf, anderenfalls würden sie so behandelt, als hätten sie freiwillig gekündigt. Allerdings versprachen die Behörden auch, den Lehrern „in naher Zukunft“ Geld für zwei weitere Monate zu geben. Daraufhin kehrten die Lehrer wieder zu ihrem normalen Unterricht zurück, gaben aber hinter vorgehaltener Hand zu, dass sie unfreiwillig zurückgekehrt seien.

Das Problem der Rückstände bei den Lehrergehältern besteht seit Jahren und hat sich trotz gesetzlicher Vorschriften kaum gebessert. Vor allem in den ländlichen Gebieten zahlen viele Kommunen die Lehrergehälter nicht vorschriftsmäßig aus; entweder sind ihre Kassen wirklich leer oder sie geben das fürs Schulwesen bestimmte Geld anderweitig aus. Wie die SCMP kürzlich berichtete, soll es einer Untersuchung der Lehrgewerkschaft zufolge in zwei Dritteln aller Provinzen Rückstände bei den Lehrergehältern geben. Nach den unvollständigen Angaben der Erhebung in 125 Kreisen in 14 Provinzen waren Ende März 1999 mindestens 710 Millionen Yuan an Rückständen aufgelaufen. Die Gesamtsumme nicht ausgezahlter Gehälter dürfte demnach sehr viel höher liegen. (SCMP, 3.1.2000)

Dem Missstand ist nur durch eine schärfere Kontrolle der Bildungshaushalte beizukommen. Insbesondere in den ländlichen Gebieten muss auf die Sicherung der für das Schulwesen bestimmten Gelder geachtet werden, d.h. im Wesentlichen auf die zweckgebundene Verwendung der Mittel aus der Ergänzungsabgabe für das Bildungswesen. Freilich sind auch die Kommunen häufig in einer Zwickmüh-

le. In den letzten Jahren sind die nicht-staatlichen Lehrer (die sog. *minban*-Lehrer), die niedrigere Gehälter bekamen, abgeschafft worden. Dies bedeutete eine Angleichung an die Lehrergehälter der staatlichen Lehrer. Zudem wurden die Lehrergehälter auch noch angehoben, sodass viele Kommunen die finanziellen Belastungen nicht tragen können. In gerechtfertigten Fällen, also insbesondere in den Armutsgebieten, leistet der Staat Hilfe. Bei dem Ausmaß der Gehaltsrückstände ist jedoch klar, dass der Missstand nicht nur in den Armutsgebieten herrscht. -st-

17 Gemeinsame chinesisch-ausländische Studiengänge

Seit einigen Jahren bietet eine Reihe chinesischer Hochschulen Studiengänge an, die in Kooperation mit ausländischen und Hongkonger Hochschulen durchgeführt werden. Die akademischen Abschlüsse sind in China offiziell anerkannt. Bis Ende 1999 wurden vom Staatsrat 30 chinesisch-ausländische Studiengänge gebilligt. Über sechs weitere soll demnächst entschieden werden. Ein großer Teil dieser Studiengänge sind MBA-Studiengänge. Auf chinesischer Seite sind zumeist Universitäten und Hochschulen in Beijing, aber auch in Shanghai, Tianjin und anderen Großstädten beteiligt. Auf ausländischer Seite rangieren die USA mit 13 Kooperationen an erster Stelle. Es folgen Australien mit 7, Hongkong und Frankreich mit je 3 und die Niederlande, Norwegen, Singapur und Thailand mit je einer Hochschule. Die Namen der betr. Hochschulen auf beiden Seiten und die Bezeichnung der Studienprogramme wurden in GMRB (7.1.2000, S. A 2) aufgeführt. -st-

18 Durchführungsbestimmungen für fünften nationalen Zensus

Der Staatsrat hat am 10. Januar 2000 Durchführungsbestimmungen für den fünften nationalen Zensus erlassen (veröffentlicht in RMRB, 29.1.2000, S.4). Danach wird die fünfte Volkszählung zwischen dem 1. und 10. November 2000 durchgeführt. Stichtag ist der 1. November. Die Volkszählung wird unter der verantwortlichen

Leitung des Staatsrats und der Regierungen aller Verwaltungseinheiten von speziell eingerichteten Fachgruppen auf den unteren Ebenen wie Gemeinden, Kleinstädten, Stadtvierteln usw. durchgeführt. Die Kosten tragen die Finanzbehörden der Zentral- und Lokalregierungen gemeinsam, wobei auf Letztere die Hauptlast entfällt. Im Einzelnen wird in den Bestimmungen festgelegt, wie die Volkszählung vonstatten gehen soll, wie und wo die mobile Bevölkerung zu erfassen ist, wie das Zensuspersonal ausgewählt und geschult wird und wann die Ergebnisse veröffentlicht werden. Zum letzten Punkt heißt es, dass erste Ergebnisse mit den wichtigsten Zahlen bis zum 31.12.2000 beim Zensusbüro des Staatsrats eingereicht sein müssen. Sie werden vor dem 31.1.2001 vom Staatlichen Statistikamt und dem Zensusbüro des Staatsrats veröffentlicht. Die Dateneingabe und Bearbeitung der Daten, die auf Kreisebene vorgenommen werden, sollen bis zum 30.4.2001 abgeschlossen sein. Bis zum 30.9.2001 müssen die Provinzen ihre Gesamtberichte an die Zentrale geliefert haben, und das Zensusbüro wird den nationalen Gesamtbericht bis zum 31.12.2001 fertigstellen und der Öffentlichkeit übergeben. Für Hongkong und Macau stützt man sich auf die Daten, die die dortigen Behörden liefern. Auch von Taiwan, Penghu, Jinmen und Mazu übernimmt man die offiziellen Bevölkerungszahlen der dortigen Behörden.

Volkszählungen sollen in China alle zehn Jahre veranstaltet werden. Der vierte Zensus fand am 1. Juli 1990 statt (vgl. dazu C.a., 1990/11). -st-

19 Neun neue Zeitungsgruppen

Der Trend zur Konzentration im Pressewesen geht weiter. Waren es im Herbst 1999 erst sechs Zeitungsgruppen (s. C.a., 1999/12, Ü 23), so hat sich deren Zahl auf nunmehr 15 erhöht. Bereits im November 1999 war mit der Shenzhen Newspaper Group zum ersten Mal eine Zeitungsgruppe in einer Sonderwirtschaftszone gegründet worden. Im Januar 2000 billigte die Staatliche Presse- und Publikationsbehörde die Gründung von acht weiteren Gruppen, und zwar

- Dazhong Newspaper Group
- Beijing Daily Group
- Jiefang Daily Group
- Sichuan Daily Group
- Zhejiang Daily Group
- Liaoning Daily Group
- Harbin Daily Group
- Shenyang Daily Group

(XNA, 12.1.2000) -st-

20 Verbesserung des Sozialversicherungssystems

Auf der zu Jahresbeginn einberufenen Arbeitstagung über das Sozialversicherungssystem wurde als Aufgabe für das Jahr 2000 die Verbesserung der Arbeitslosen-, Alters- und Krankenversicherung für städtische Arbeitnehmer festgelegt. Oberstes Ziel hinsichtlich der Arbeitslosen soll die Einführung der Arbeitslosen zum Arbeitsmarkt und deren Wiederbeschäftigung sein. Bei der Altersversicherung, so hieß es, komme es vor allem darauf an, dass den Rentnern ihre Renten rechtzeitig und in voller Höhe ausbezahlt werden. Außerdem soll der Kreis derjenigen, die Renten beziehen, um 12 Mio. erweitert werden, sodass im Prinzip alle rentierten Arbeitnehmer städtischer Betriebe eine Rente erhalten. Die Reform der Krankenversicherung soll in diesem Jahr so weit vorangetrieben werden, dass die städtischen Angestellten und Arbeiter durchweg eine Krankenversicherung haben, die die medizinische Grundversorgung abdeckt. Probleme wie Versicherungsleistungen bei schweren und außergewöhnlichen Krankheiten sollen gelöst werden (vgl. dazu C.a., 1999/2, Ü 21). (GMRB, 11.1.2000, S. A1)

Ein besonderes Problem stellt die Auszahlung der Renten dar. Es scheint nämlich weit verbreitete Praxis zu sein, dass die Betriebe keine Sozialabgaben in die Rentenkassen einzahlen. Aus diesem Grunde müssen die Rentner vielfach auf die Auszahlung ihrer Renten warten oder erhalten weniger. In Hainan beispielsweise sollen im Jahr 1999 nur etwa 70 Prozent der Ruheständler staatlicher Betriebe ihre Renten ausgezahlt bekommen haben (XNA, 12.1.2000). Laut einer vorläufigen Bestimmung des Staatsrates von Anfang 1999 ist jedes Unternehmen

verpflichtet, Sozialabgaben zu zahlen. Ein großer Teil der Firmen kommt dieser Verpflichtung jedoch nicht nach. Deshalb hat das zuständige Ministerium für Arbeit und Soziale Sicherheit jetzt einen Aktionsplan beschlossen, mit dessen Hilfe erreicht werden soll, dass die Pflichtbeiträge für die Altersversorgung mindestens zu 90 Prozent eingesammelt werden. Zugleich sollen die Fonds auf Provinzebene gepoolt und besser kontrolliert werden. (Xinhua Inlanddienst, 3.1.2000, nach SWB, 12.1.2000) -st-

21 17. Karmapa Lama verließ Tibet

Anfang Januar 2000 traf der 17. Karmapa Lama, der dritthöchste geistliche Führer des tibetischen Buddhismus, in Nordindien ein, nachdem er das Kloster Tsurphu 35 km nördlich von Lhasa Ende Dezember 1999 heimlich verlassen hatte. Der 17. Karmapa Lama, ein heute 14-jähriger Junge, wurde als Ugyen Trinley Dorje geboren und 1992 als erste Reinkarnation seit 1959 von Beijing offiziell anerkannt. Zugleich wird er auch vom Dalai Lama anerkannt. Der Karmapa Lama ist der geistliche Führer der Kagyu-Schule, einer der wichtigsten Schulen des tibetischen Buddhismus. In der geistlichen Hierarchie rangiert er nach dem Dalai Lama und dem Panchen Lama. Der Karmapa Lama wurde auf seiner sechstägigen Reise, die teils im Jeep, teils zu Fuß über die verschneiten Himalaya-Berge zurückgelegt wurde, von fünf Anhängern begleitet, darunter seiner 24-jährigen Schwester, einer buddhistischen Nonne. Nach seiner Ankunft wurde der Karmapa Lama außerhalb von Dharamsala, dem Sitz der tibetischen Exilregierung unter dem Dalai Lama, in einem Gästehaus untergebracht. Zuvor war er mehrmals mit dem Dalai Lama zusammengetroffen. (Vgl. SCMP, 8., 10., 11.1.2000)

Sowohl die Hongkonger Zeitungen als auch die ausländischen Medien sprechen in diesem Zusammenhang von einer Flucht (vgl. FAZ 8., 10.1.2000; NZZ 8./9.1.2000; IHT 9., 10., 12.1.2000). Es ist jedoch unklar, ob es sich tatsächlich um eine Flucht handelt. Die chinesische Zentralregierung ebenso wie die indische Regie-

nung versuchen den Begriff zu vermeiden. In einer ersten offiziellen Stellungnahme von Seiten Beijings hieß es am 7. Januar 2000, der Karmapa Lama habe sein Kloster kürzlich mit einer kleinen Gruppe verlassen und sei ins Ausland gegangen. Er habe einen Brief hinterlassen, in dem er kundgetan habe, er wolle Musikinstrumente (für buddhistische Rituale) und die „schwarzen Hüte“ holen, die die lebenden Buddhas seiner Schulrichtung (die auch als Schwarzhüte bezeichnet wird, vgl. NZZ, 8./9.1.2000) früher getragen hätten. Er soll ausdrücklich betont haben, dass sein Weggang „kein Verrat am Staat, der Nation, dem Kloster oder der Führung“ bedeute. (XNA, 8.1.2000) Indische Regierungsvertreter äußerten sich in den folgenden Tagen sehr zurückhaltend und ließen verlauten, dass man bislang kein offizielles Asylsuchen erhalten habe. (PTI news agency, New Delhi, 12.1.2000, nach SWB, 14.1.2000; ebd. 18.1.2000, nach SWB, 20.1.2000)

Der Vorfall hat diplomatische Verwicklungen ausgelöst und kommt weder Indien noch China gelegen. Beide Länder versuchen daher, den Fall herunterzuspielen, denn man möchte eine Verschlechterung der beiderseitigen Beziehungen vermeiden. Seit 1998 befinden sich beide Seiten in einem Prozess der Wiederannäherung, den man nicht aufs Spiel setzen möchte. Beide Regierungen haben bekräftigt, ihre Beziehungen weiter verbessern zu wollen. Das Beijinger Außenministerium hat die indische Regierung jedoch davor gewarnt, dem Karmapa Lama politisches Asyl zu gewähren; dies würde unweigerlich die chinesisch-indischen Beziehungen beeinträchtigen. (All India Radio, New Delhi, 12.1.2000, nach SWB, 13.1.2000) Indien befindet sich in einer Zwickmühle, weil es auf der einen Seite traditionell die Exiltibeter unterstützt, auf der anderen Seite aber seine Beziehungen zur VR China verbessern will.

Die Angelegenheit ist aber vor allem für Beijing in innen- und religionspolitischer Hinsicht peinlich. Würde der Karmapa Lama tatsächlich in Indien politisches Asyl erbitten, bedeutete dies einen empfindlichen Rückschlag für Beijings Tibetpolitik. Insbesondere im vergangenen Jahrzehnt hat sich die Zentralregierung um vertrauensschaffende Maßnahmen in Tibet be-

müht, indem sie beispielsweise die Suche nach Reinkarnationen offiziell unterstützte, wie z.B. die Reinkarnation des Panchen Lama (vgl. Th. Hoppe in C.a., 1995/12) oder jüngst die des Sechsten Reting (vgl. Tibet TV, 31.12.99, nach SWB, 13.1.2000; Xinhua Hongkong, 16.1.2000, nach SWB, 18.1.2000; XNA, 17.1.2000). Mit dieser Politik versuchte die Regierung, die Lage in Tibet zu stabilisieren. Seit der Anerkennung der 17. Inkarnation des Karmapa Lama im Jahre 1992 hat Beijing diesen immer als „patriotischen“ Lama bezeichnet. Im Jahre 1994 wurde der Karmapa Lama sogar in Beijing anlässlich des Nationalfeiertages von Jiang Zemin als Ehrengast empfangen. Bei der Gelegenheit soll der Junge der Partei gegenüber ein Treuegelöbnis abgegeben haben (SCMP, 8.1.2000).

Beijing sieht sich daher ebenfalls in einer schwierigen Lage, und entsprechend unklar sind seine Reaktionen. Die uneinheitlichen Reaktionen können aber auch auf unterschiedliche Lager zurückgeführt werden. So gab ein Sprecher des Beijinger Außenministeriums zu verstehen, dass China nicht dulde, dass religiöse Kräfte vom Ausland China infiltrierten und das Ausland religiöse Fragen benutze, um sich in die inneren Angelegenheiten Chinas einzumischen (Zentrale Rundfunkstation Beijing, 11.1.2000, nach SWB, 13.1.2000). Ähnliche Äußerungen fielen auf einer nationalen Religionskonferenz, die vom 10.-13. Januar in Beijing stattfand (vgl. RMRB, 11., 12.1.2000). Obwohl das Verschwinden des Karmapa Lama bereits bekannt war, wurde darüber auf der Konferenz zumindest offiziell nicht diskutiert. Es wäre jedoch verfehlt, die Äußerungen allein mit Tibet in Zusammenhang zu bringen, wie es teilweise geschieht (z.B. SCMP, 12.1.2000), denn sie gelten in gleichem Maße für Xinjiang in Bezug auf islamische Aktivitäten.

Wie eine Hongkonger Zeitung aus angeblich „informierter Quelle“ berichtet, soll es innerhalb der chinesischen Regierung Vermutungen geben, dass der Karmapa Lama sich nicht aus freien Stücken außer Landes begeben habe, sondern dass die Umgebung des Dalai Lama die Flucht geplant habe und der Junge entführt worden sei. Die gefährliche und beschwerliche

1.400 km lange Reise von Tibet über den Himalaya nach Nordindien hätte ohne vorherige genaue Planung gar nicht bewerkstelligt werden können. (Vgl. *Ming Pao*, 17.1.2000, nach SWB, 20.1.2000) Offiziell wird die Exilregierung der Tibeter jedoch nicht beschuldigt, die Flucht unterstützt zu haben. Vielmehr nimmt die chinesische Regierung nach außen eine vorsichtige, gemäßigste Haltung ein.

Ausdruck dieser Haltung ist, dass Beijing offiziell an der Version festhält, der Karmapa Lama sei aus religiösen Gründen nach Nordindien gereist, nämlich um die Musikinstrumente und die schwarzen Hüte zu holen, und dass Beijing hofft, der Karmapa Lama werde bald nach Tibet zurückkehren, wie in seinem Brief angekündigt. (Vgl. SCMP, 21.1.2000; Kyodo, Tokyo, 20.1.2000, nach SWB, 21.1.2000) Unterdessen sollen über verschiedene diplomatische Kontakte zwischen Indien und China Gespräche über eine mögliche Rückkehr des Jungen nach Tibet im Gange sein. Außerdem soll sich Beijing über indirekte Kanäle bemühen, den Karmapa Lama zur Rückkehr zu bewegen. So soll ein Onkel des Jungen nach Dharamsala gereist sein, um seinen Neffen zu überreden, nach Tibet zurückzukehren, doch soll er nur die Schwester, nicht aber Dorje selbst getroffen haben (PTI news agency, New Delhi, 13.1.2000, nach SWB, 15.1.2000). Es wird auch berichtet, Beijing habe zwei offizielle Vertreter nach Dharamsala geschickt, die den Karmapa Lama kontaktieren sollten, allerdings ebenfalls ohne Erfolg; hinter der Mission stehe die Befürchtung, der Junge könne von der tibetischen Exilregierung als politische Geisel festgehalten werden (*Tai Yang Pao*, Hongkong, 16.1.2000, nach SWB, 20.1.2000).

Zum Hintergrund der Reise des Vierzehnjährigen wurde noch eine weitere Version bekannt, für deren Wahrheitsgehalt einiges spricht. Danach soll der Junge vor einiger Zeit den Antrag auf eine Auslandsreise nach Indien gestellt haben, um dort buddhistische Texte zu studieren. Dies Anliegen sei von den Behörden abgelehnt worden. Jetzt soll Beijing die entsprechenden Kader zur „Selbstprüfung“ aufgefordert haben (ebd.). Dies kann nur bedeuten, dass Beijing einsieht, dass hier - ob mit Wissen der Zentralregie-

rung oder nicht - ein Fehler gemacht wurde. Es soll durchaus üblich sein, dass Mönche aus Tibet und Qinghai die Grenze nach Indien mit Wissen der Grenzbeamten hin und her passieren und sich zeitweise zu Studienzwecken in der Umgebung des Dalai Lama aufhalten. (Ebd., 13.1.2000, nach SWB, 14.1.2000 u. 16.1.2000, nach SWB, 20.1.2000)

In dieser Situation werden Beijing und New Delhi weiter versuchen, die heikle Angelegenheit möglichst unauffällig zu lösen. Es könnte sein, dass Beijing dem Karmapa Lama erlaubt, für längere Zeit zu Studienzwecken in Indien zu bleiben, ohne dass Indien ihm politisches Asyl gewährt. Darauf wird sich Beijing allerdings nur einlassen, wenn der Karmapa Lama die feste Absicht bekundet, wieder nach Tibet zurückzukehren. In jedem Falle können Einmischungen von Seiten dritter Staaten, die die Einhaltung der Menschenrechte anmahnen, nur schädliche Wirkung haben. -st-

Außenwirtschaft

22 Beijings Vorschläge für die nächste WTO-Runde

Einen Vorgeschmack zu den Positionen, die China als Mitglied der WTO einnehmen wird, lieferte Anfang Januar der stellvertretende MOFTEC-Minister Zhang Xiang. In einem Interview für die Hongkonger Zeitung *Wen Wei Po* (Wen Hui Bao) am 11.1.2000 fasste Zhang den vier-Punkte-Vorschlag der chinesischen Regierung für eine neue WTO-Gesprächsrunde zusammen.

1. Die Zielvorstellungen der Entwicklungsländer zur Wirtschaftsentwicklung und zur entsprechenden schrittweisen Öffnung der Märkte sollten akzeptiert werden.
2. Die entwickelten Länder müssen tatsächlich ihre Verpflichtungen erfüllen, zu denen sie sich in der Uruguay-Runde bereit erklärt haben, und den Zugang zu ihren Märkten für Entwicklungsländer verbessern.

3. Die Entwicklungsländer müssen vollständig an der Formulierung der Handelsregeln beteiligt werden.
4. Die Koordination zwischen Entwicklungsländern muss verbessert werden.

Zhang unterstrich die wichtige Rolle, die das multilaterale Handelssystem in den letzten fünfzig Jahren für die Förderung der Weltwirtschaft und des Handels gespielt hat. Allerdings sei China als das größte Entwicklungsland in der Welt der Ansicht, dass vieles an dem bestehenden System verbessert werden könne. So spiegele das System nicht ausreichend die Interessen und Wünsche der Entwicklungsländer wider, bleibe also unvollständig und unausgeglichen.

Zhang kündigte an, dass China nach seinem Beitritt zur WTO zum Erfolg einer neuen Gesprächsrunde in Übereinstimmung mit den eigenen Interessen beitragen werde. (*Wen Wei Po*, Hong Kong, in Chinese, 11.1.2000, nach SWB FE/D3735/CNS, 12.1.2000) -schü-

23 Hohes Importwachstum 1999

Nach Angaben der Zollbehörden betrug das Importvolumen im letzten Jahr 165,8 Mrd. US\$ und lag damit um 18,2% höher als 1998.

Die Importe sowohl von Primärgütern wie Holz, Papier, Roh- und raffiniertem Erdöl, aber auch von Industriegütern wie Chemie-, Stahl und NE-Metallprodukten, Maschinen, Elektronikprodukten und elektrischen Geräten nahmen erheblich zu.

Importe der zehn wichtigsten Handelspartnerländer stiegen schnell, insbesondere die Einfuhren Australiens (+33,3%) und der EU (+23,2%). Die Wachstumsraten der Einfuhren aus Japan, den ASEAN-Staaten, Russland, Südkorea und den USA lagen jeweils über 10%.

Als Ursachen für den hohen Importanstieg gelten die erfolgreiche Bekämpfung des Schmuggels sowie die gestiegene inländische Nachfrage nach Hightech-Produkten und Rohstoffen. (XNA, 19.1.2000)

Anfang Januar d.J. präsentierte der Außenwirtschaftsminister Shi Guangsheng Schätzungen über die Entwicklung der Importe in den kommenden Jahren. So geht Shi davon aus, dass die Einfuhren zwischen 2000 bis 2005 eine jährliche Wachstumsrate von 8% aufweisen werden. Das gesamte Importvolumen während dieser Zeit wird auf rd. 1,3 Billionen US\$ geschätzt. Diese Berechnung basiert Shi zufolge auf der Annahme, dass China mittel- und langfristig ein nachhaltiges schnelles Wirtschaftswachstum realisieren kann. Der Schwerpunkt der Entwicklung werde auf Bereiche wie Wasserkonserverung, Energie- und Transport, Telekommunikation, Rohstoffe, Umweltschutz und Hightech gelegt. Die Regierung werde weiterhin Importe mit neuen Technologien und moderne Anlagen fördern. Ausländischen Anbietern würden damit außerordentliche Handels- und Investitionschancen geboten. (XNA, 7.1.2000)

Chinas Exporte stiegen dagegen 1999 nur um 6,1% und betragen 194,9 Mrd. US\$. Gegenüber Dezember 1999 wurden die Angaben zum Exportüberschuss revidiert. Dieser beläuft sich nunmehr auf 29,1 Mrd. US\$. Das Gesamtvolumen des Außenhandels betrug 360,7 Mrd. US\$, ein Anstieg um 11,3% gegenüber 1998.

Die wichtigsten drei Handelspartnerländer waren Japan, die USA und die EU. In der Rangfolge schlossen sich dann Südkorea, Taiwan, Australien, Russland und Kanada an. Japan behielt seine Position als wichtigster Handelspartner mit einem bilateralen Handelsvolumen von 66,2 Mrd. US\$ (+14,3%). Die chinesischen Exporte nach Japan betragen 32,4 US\$; Importe aus Japan beliefen sich auf 33,8 Mrd. US\$ (+19,9%). Damit verzeichnete China nach eigenen Statistiken ein Defizit im bilateralen Handel.

Das Handelsvolumen mit den USA nahm um 12,1% zu und lag bei 61,5 Mrd. US\$. China exportierte in die USA 42 Mrd. US\$ (+10,5%) und importierte 19,5 Mrd. US\$ (+14,7%). Damit betrug der Handelsüberschuss Chinas im letzten Jahr 19,5 Mrd. US\$.

Während Chinas Exporte nach Russland zurückgingen (von 1,84 Mrd. US\$ auf 1,5 Mrd. US\$ bzw. um -18,5%), nahmen die Ausfuhren nach Austra-